



Wartburg-Kurier

Johannistag 2016

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

das letzte Themenjahr der Luther-Dekade neigt sich seinem Ende. Am Reformationstag 2016 beginnt dann das Festjahr. Die Themen für vergangene Jahre spannen einen weiten Bogen. Von Bekenntnis, Bildung, Freiheit, Musik, Toleranz, Politik, Bild und Bibel bis zum diesjährigen Motto „Reformation und die eine Welt“. Lasst uns vor dem Jubiläum noch einmal einen Blick auf das Ganze tun, auf die Einheit der Christenheit und die Einheit der Welt, mögen die Verantwortlichen für diese Liste gedacht haben. Sie haben recht daran getan. In den zurückliegenden Monaten haben wir so unmittelbar, wie niemals zuvor, erfahren, wie nah beieinander die Menschen in unserer Welt

leben, wie sich unsere Lebenswirklichkeit verändert, weil Hunger, Terror und Gewalt Menschen anderswo aus ihrer Lebenswirklichkeit herausreißen und hierher verpflanzen. Wir leben alle in einer Welt. Die Sorgen und Nöte der am weitesten entfernt von uns Lebenden treffen uns unmittelbar. Der sprichwörtliche Sack Reis, der irgendwo umfällt, lässt uns nicht kalt. Der Schwall seiner Körner reicht bis vor unsere Haustür, er fließt über unsere Schwelle. Europa erlebt in diesen Wochen nicht das Ende der Massenzuwanderung von Flüchtlingen, sondern allenfalls eine Atempause.

Die Ursachen der Flucht bestehen weiter. Wir müssen dazu beitragen, dass für die Menschen dort, wo sie heute nicht mehr leben können, neue Lebensgrundlagen entstehen. Die Schaffung stabiler politischer Verhältnisse ist ebenso wichtig wie eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion vor Ort.

Das war Gegenstand einer Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung. Der Hallenser Ag-

rarwissenschaftler Wolfgang Merbach hat sich mit dieser Studie in einem großen Aufsatz für die Zeitschrift des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU „Evangelische Verantwortung“ auseinandergesetzt. Der „Wartburg-Kurier“ druckt eine vom Autor leicht gekürzte Fassung seiner faktenreichen und bedenkenswerten Überlegungen nach und empfiehlt sie Ihrer Aufmerksamkeit. Dies ist ein Schwerpunkt dieser Ausgabe.

In der einen Welt, in der wir leben, treffen ganz unterschiedliche Erfahrungen, Überzeugungen und religiöse Prägungen aufeinander. Fremdes rückt so nah heran, dass bei vielen Menschen Angst entsteht. Diesem Phänomen widmet sich der pointierte Aufsatz von Petra Bahr, der langjährigen Kulturbeauftragten der EKD, die zuletzt Hauptabteilungsleiterin Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung war und nun Regionalbischöfin des Sprengels Hannover der hannoverschen Landeskirche wird.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt dieser Ausgabe:

Angemerkt: Was ist deutsch?	2	TERMIN Seite 8 +++ TERMIN Seite 8 +++ TERMIN Seite 8
„Unser tägliches Brot gib uns heute“. Neue Weichen-		Kirche als Moral-Agentur in der politischen Arena?
stellung für Agrarentwicklung und Welternährung	3	Tagung des EAK Thüringen im September
Reihe: Der Landesvorstand stellt sich vor	8	Religion ist gefährlich?
Wir über uns	8	Nachrichten
Impressum und Kontakt	11	Themenabend: Mach's nur mit meinem Ende gut
		11

Ich hoffe, dass auch die anderen Beiträge dieser Ausgabe Ihr Interesse finden. Wir bieten Ihnen eine Auswahl der Aktivitäten des Evangelischen Arbeitskreises der Thüringer Union. Aus redaktionellen Gründen musste der Erscheinungstermin auf wenige Tage nach dem Johannistag verschoben werden.

Am Johannistag erinnern wir an den Täufer und seine Mahnung „Seht zu, bringt rechtschaffene Früchte der Buße“ (Lukas 3;8). Buße, das meint die Umkehr zu Gott, das meint Glaube und Vertrauen auf Gottes Wort. Ist das nur ein frommer Wunsch für unsere säkulare Welt? Vielleicht. Vielleicht kommt aber über unsere Breiten nach fünfhundert Jahren doch noch einmal jener fahrende Platzregen göttlicher Gnade, von dem Martin Luther in seinem Sendbrief „An die Bürgermeister und Rathern allerlei

Städte in deutschen Landen, dass sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen“ aus dem Jahr 1524 schrieb:



Lieben Deutschen, kauft, weil der Markt für die Tür ist, sammlet ein, weil es scheint und gut Wetter ist, braucht Gottes Gnade und Wort, weil es da ist. Denn das sollt ihr wissen, Gottes Wort und Gnade ist ein fahrender Platzregen, der nicht wiederkommt, wo er einmal gewesen ist. Er ist bei den Juden gewesen, aber hin ist hin, sie haben nun nichts.

Paulus bracht ihn in Griechenland, hin ist auch hin, nu haben sie den Türken. Rom und latinisch Land hat ihn auch gehabt, hin ist hin, sie haben nu den Papst. Und ihr Deutschen dürft nicht denken, dass ihr ihn ewig haben werdet, denn der Undank und Verachtung wird ihn nicht lassen bleiben. Drum greif zu und halt zu, wer greifen und halten kann, faule Hände müssen ein böses Jahr haben.

Also greifen wir zu, halten wir fest, meistern wir die Herausforderungen unserer Tage, haben wir Zuversicht. Zuversicht ist auch eine politische Tugend.

Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel

ANGEMERKT: Was ist deutsch?



von Dr. Karl-Eckhard Hahn

Die Frage, wer wir sind und wer wir sein wollen, beschäftigt die Bürger seit Monaten stärker denn seit Jahren. Der geplante Bau einer Moschee in Erfurt-Marbach wirkt wie ein Katalysator. „Deutschsein bedeutet die Aufgabe der Herkunftskultur und die Annahme der deutschen Leitkultur“, meint Corinna Herold, Thüringer Landtagsabgeordnete der AfD. Für ihren Fraktionskollegen Stefan Möller dient der Bau der „Abgrenzung von unserer Leitkultur“.

Die Argumente zeigen, dass sich die AfD mit ihrem Begriff der deutschen Leitkultur außerhalb der Verfassung bewegt. Folgendes akzeptiert die Partei nicht: Deutschland ist der durch das Grundgesetz verfasste Staat, den viele zugleich als Nation verstehen. Die in der Verfassung konkretisierten Werte bilden die deutsche Leitkultur. Das Recht der ungestörten Religionsausübung im Rahmen des Grundgesetzes und der Gesetze gehört zweifellos dazu. Die Möglichkeit, eine Moschee zu bauen, ist daher Ausdruck dieser Leitkultur.

Zum Anknüpfungspunkt für die Leitkultur wird stattdessen ein eng gefasstes, kulturell definiertes Verständnis des Deutschen. So versucht die AfD, ein elementares Grundrecht auszuhebeln. Zugehörigkeit gibt es nur um den Preis der kulturellen Selbstaufgabe. Dieser Standpunkt ist zunächst eigentümlich unhistorisch. Denn er verkennt, dass auch Völker, Staaten und Nationen immer Gewordenes und Werdendes sind. Er ist außerdem eine Anmaßung: Niemand hat das Recht, anderen Menschen ihre Identität zu- oder abzuerkennen. Und er zielt auf Ausgrenzung statt Integration. Das ist ausgesprochen dumm. Denn gerade das beschwört den Kampf der Kulturen herauf, den vermeiden zu wollen die AfD vorgibt.

Unstrittig sollte sein: Wer die deutsche Staatsangehörigkeiten erwerben will, muss die im Grundgesetz konkretisierte deutsche Leitkultur anerkennen und möglichst verinnerlichen. Erstrebenswert ist, dass daraus eine innere Bindung ans Land entsteht: Patriotismus. Wenn die Integration Züge einer kulturellen Assimilation annimmt: gerne. Doch nie und nimmer setzt die Annahme der deutschen Leitkultur die Aufgabe der Herkunftskultur voraus – übrigens gerade wenn man sie ethnisch-kulturell versteht wie die AfD.

„Unser tägliches Brot gib uns heute“. Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung.

Ein kritischer Kommentar zur EKD-Studie

von Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Mitglied im Landesvorstand des EAK Sachsen-Anhalt



Prof. Dr. Wolfgang Merbach ist Agrarwissenschaftler, war Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der MLU Halle-Wittenberg und ist im EAK-Bundesvorstand.

Derzeit leiden fast 1,0 Mrd. Menschen an chronischem Hunger und ca. 2,0 Mrd. an Mikronährstoff- bzw. Vitaminmangel. 1,1-2,5 Mrd. Menschen leben ohne sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen. Es gibt in den armen Ländern des Südens kaum Zugang zu bezahlbarer Energie (ein Durchschnittsdeutscher verbraucht so viel Energie wie 135 Afrikaner!), Gesundheitsbetreuung und Bildung. Zusätzlich sind weltweit bis 2050 ca. 2,5 bis 3,0 Mrd. Menschen mit Nahrung, Energie, Trinkwasser etc. zu versorgen; deutlich besser als heute und unter schwierigsten Bedingungen (Klimawandel, begrenzte Ressourcen und Flächen etc.). Vor der Weltpolitik stehen also gigantische Probleme, die es (unter Einbeziehung neuer Ansätze) zu meistern gilt.



„Unser tägliches Brot gib uns heute. Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung“

EKD Texte 121, April 2015
ISBN-13: 978-3-87843-035-3
Broschiert, 188 Seiten

Die EKD-Studie 121 reiht sich in entsprechende Bemühungen ein und ist zu begrüßen. Nach der Einleitung (Kap. 1), in der unter Bezug auf die seit 1984 verfassten EKD-Verlautbarungen Handlungsbedarf und Ziele formuliert werden, beschreiben die Autoren die Herausforderungen, die sich aus der gegenwärtigen Situation auf den Gebieten von Ernährung, Finanzen, Klimawandel, Wachstum, Ressourcenverfügbarkeit und Regierungshandeln ergeben (Kap. 2) und die allesamt als krisenhaft eingestuft werden. Darauf folgen (Kap. 3) Leitgedanken für nachhaltige Agrarpolitik und Welternährung, aus denen Handlungsempfehlungen zur Ernährungssicherung für die Handels-, Agrar-, Umwelt-, Klima-, Entwicklungs- und Sozialpolitik und die Akteure auf dem Agrar- und Ernährungssektor (Kap. 5) abgeleitet werden. Kapitel 6 widmet sich den Ansatzpunkten und der Verantwortung, die sich für die Kirchen ergeben.

Alles in allem unterbreitet die EKD-Studie bedenkenswerte Vorschläge, wie Ernährungssicherheit, Ressourcen- und Umweltschutz und Nachhaltigkeit durch geeignete Agrar-, Finanz- und Entwicklungspolitik global optimaler gestaltet werden könnten, wobei ein Schwerpunkt den armen Ländern des Südens gilt.

Angesichts der Vielschichtigkeit der Thematik lässt sich jedoch eine gewisse **Unausgewogenheit** nicht übersehen. Dies betrifft sowohl den Autorenkreis (Kammer für nachhaltige Entwicklung und Zusatzautoren) als auch das Quellenverzeichnis, die beide ein starkes Übergewicht der "Geisteswissenschaften"

(Theologie, Philosophie, Pädagogik, Sozial-, Wirtschafts-, Politik- und Rechtswissenschaften) gegenüber den "Naturwissenschaften" (Bio-, Agrar-, Geowissenschaften, Medizin etc) sowie eine viel stärkere Berücksichtigung von Verlautbarungen verschiedenster Körperschaften (Kirchen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Verbänden, sog. "grauer" Sekundärliteratur) im Vergleich zu extern begutachteter (Peer-Review-Verfahren) wissenschaftlicher Primärliteratur aufweisen. Auf Expertenanhörungen wird zwar verwiesen (S. 7), doch sind die Akteure nicht benannt.



Dies ist vielleicht ein Grund, dass sich **die bemerkenswerten positiven Ansätze und Empfehlungen** sehr stark auf theologische, ethische, ökonomische und politische Fragen konzentrieren. Aus Platzgründen wird darauf hier nicht näher eingegangen; eine Würdigung findet sich an anderer Stelle (Evangelische Verantwortung 3+4/16).

Andererseits folgt die Studie vielfach unkritisch wissenschaftlich nicht belastbaren **Klischees über biologische und agrarwissenschaftliche Zusammenhänge**, statt den Sachverstand praktischer Landwirte oder den neuesten naturwissenschaftlichen Wissensstand zu reflektieren. Daraus entspringen unklare Aussagen, Widersprüche und

zuweilen Fehleinschätzungen, von denen nachfolgend einige exemplarisch erörtert werden:

1. Mineralböden

Mineralböden (also die meisten landwirtschaftlich genutzten Böden) sind **keine Speicher** von (anthropogenem) **CO₂**. Ihr Gehalt an organischer Substanz hat je nach Bodenart ein spezifisches Optimum, das für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit ausreicht und dessen Überschreitung zu CO₂-Emissionen und Stickstoff-(N)-Auswaschung führt. Wie eine Vielzahl von Dauerfeldversuchen weltweit zeigt, verringert Mineraldüngung den C-Gehalt des Bodens nicht. Der ökologische Landbau erreicht keine höheren Boden-C-Gehalte als eine kombinierte organisch-mineralische Düngung im konventionellen Landbau.

2. Reduzierte Bodenbearbeitung

Reduzierte Bodenbearbeitung (vgl. Studie S. 29) **erhöht den C-Gehalt des Bodens nicht**, sondern konzentriert diesen auf die obersten ca. 5 cm. Hauptzwecke des Pflugverzichtes sind Energieeinsparung und Erosionsminderung. Negative Folgen sind erhöhter Unkraut- und Schädlingsbesatz, die durch Pflanzenschutzmitteleinsatz oder (im Ökologischen Landbau) durch zusätzliche Arbeitsgänge (erhöhter Treibstoffverbrauch) bekämpft wird.

3. Kritik an der Agrarchemie

Die in der Studie (S. 29, 39, 41, 46, 48 usw.) vorgetragene Kritik an der **Agrarchemie (Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel)** bedarf der Korrektur. In Europa gilt bei der **Düngung** (im Sinne von Nachhaltigkeit), dass der Boden die Nährstoffe ersetzt bekommt, die die Pflanzen-

ernte entzogen hat. (Man muss diesen Grundsatz aber weltweit beachten!) Dabei werden Wirtschaftsdünger, Ernterückstände und der verfügbare Boden-Nährstoffgehalt berücksichtigt. Das durch den Produktverkauf entstehende Nährstoffdefizit wird in der Regel (da z. B. Klärschlamm nicht wieder genutzt werden soll, S. 172) durch **Mineraldünger** ersetzt, die (im Unterschied zu organischen Düngern) gemäß dem mengen- und zeitmäßigen Pflanzenbedarf eingesetzt werden können und daher wenig auswaschungsgefährdet sind. Erhöhte Nitratausträge entstehen nicht (wie auf S. 41 aufgeführt) durch Mineraldünger, sondern durch einen übermäßigen (meist nicht flächengebundenen) Viehbesatz mit hohem Stallmist- und Gülleanfall (z. B. Nordwestdeutschland). Die Aussagen der Studie, dass in Westeuropa das 5-fache des Düngebedarfes ausgebracht wird (S. 48), ist deshalb zu bezweifeln. In Ostdeutschland und osteuropäischen Ländern liegt die P- und K-Düngung aus Kostengründen seit Jahren unter dem Bedarf, so dass inzwischen Bodengehaltsdefizite und latenter Mangel zu verzeichnen sind. Ein Verzicht auf **Pflanzenschutzmittel (PSM)** würde selbst in Deutschland zu 30 - 40 % Ertragsminderungen führen. Wie in der Studie dargestellt, werden Rückstandshöchstgrenzen in weniger als 1 % der Proben erreicht (S. 46), wobei zu ergänzen ist, dass diese Grenzwerte Sicherheitsfaktoren von 100 einschließen und 96 % der zugelassenen Wirkstoffe keiner Giftklasse angehören, also toxikologisch dem Kochsalz vergleichbar sind. Seit 2000 ist in Deutschland kein Vergiftungsfall eingetreten. In armen Ländern (z. B. Bangladesch) besteht durch die unsachgemäße Anwendung (mangelnde Bildung) ein beträchtliches Anwenderrisiko (S. 46). Erstaunlich ist deshalb, dass gentechnisch veränderte Baumwolle (starke Reduzierung der **PSM-**

Spritzungen) in der Studie keine positive Erwähnung findet.

4. Produktivitätssprung auf Grund der "Grünen Revolution"

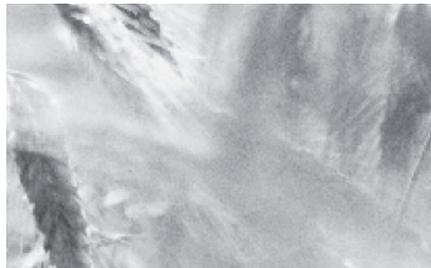
Von 1961 bis 2013 stieg die Weltbevölkerung von 3,1 auf 7,2 Mrd., die Ackerfläche aber nur um 11 % an (Daten von FAO-Stat.). Dennoch wuchs die Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion auf das Doppelte, d. h. pro Flächeneinheit (ha) wurde die Erntemenge global vervierfacht, wodurch die befürchteten Hungerkatastrophen ausblieben. Dieser Produktivitätssprung ist der **"Grünen Revolution"** zu verdanken, d. h. der Züchtung von **Hochleistungssorten bei Reis, Mais und Weizen**, die gegen alle öffentliche Skepsis erreicht und mit dem Friedensnobelpreis (N. E. Borlaug) ausgezeichnet wurde. Die EKD-Studie erkennt diese Leistung zwar an (S. 56), wirft aber der "Grünen Revolution" mit Blick z. B. auf das südliche Afrika Versagen vor (S. 9). Dabei werden aber Ursache und Wirkung vertauscht, denn der Produktionsschub konnte nur dort zum Tragen kommen, wo gleichzeitig ausreichend Düngung erfolgte (Asien 159 kg/ha Gesamtnährstoff (NPK)), geordnete, stabile politische Verhältnisse und ausreichende Infrastrukturen vorlagen und die Hauptkulturen eben Reis, Weizen oder Mais waren. Dies ist im südlichen Afrika und weiteren armen Ländern nicht der Fall, da dort vornehmlich andere Fruchtarten Bedeutung haben und kaum Düngung erfolgt (Afrika derzeit 18 kg NPK/ha). Dass die Pflanzen dieses niedrige Angebot zwar vollständig aufnehmen (S. 48), aber trotzdem extrem niedrige Erträge haben, kann nicht verwundern. Es fehlen dort politische und rechtliche Sicherheit, Infrastruktur etc., wie in der EKD-Studie ausführlich dargestellt wird. Wenn Letzteres (wie die Studie vorschlägt) geändert wird

und den Kleinbauern bzw. dem ländlichen Raum Entwicklungschancen geboten werden, könnte eine **2. Grüne Revolution**, wie sie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung und die AGRA-Initiative (Vorsitz Kofi Annan) anstreben, ähnlich erfolgreich wie die 1. Grüne Revolution werden, natürlich unter Berücksichtigung der spezifischen regionalen Bedingungen.

5. Ökologischer Landbau

Der Aussage der Studie (S. 160), dass der **Ökologische Landbau (ÖL)** das anerkannte Leitbild nachhaltiger Landbewirtschaftung sei, ist falsch. Sowohl in den Agrarwissenschaften als auch der Praxis gibt es dazu kontroverse Meinungen. Dazu zunächst einige Fakten: Im **ÖL** sind leichtlösliche Mineraldünger, synthetische Pflanzenschutzmittel und Zusatzstoffe verboten. Deshalb liegen die Erträge um 30 - 40 % niedriger als beim konventionellen Landbau. Für die Nährstoffversorgung der Pflanzen ist in der Regel ein höherer Viehbesatz erforderlich. Aus beidem resultiert ein höherer Flächenbedarf für gleiche Ernteerträge. Daher wären bei flächendeckendem **ÖL** zusätzlich 1,1 Mrd. Hektar Land erforderlich, um die bis 2050 notwendige Erhöhung der Lebensmittelproduktion von 70 % zu erreichen. Diese Fläche müsste (sofern überhaupt verfügbar) der Natur entzogen werden, was gerade **nicht nachhaltig** ist. Auch die weiteren in der Studie postulierten ökologischen Vorteile des **ÖL** entsprechen nicht der Realität. Eine bessere Bioproduktqualität ließ sich bislang nicht nachweisen. Durch höheren Krankheitsbefall der Pflanzen (z. B. Gelbrost) und hohen organischen Düngeraufwand kommt es im **ÖL** eher zur Kontamination mit Mykotoxinen bzw. Mikroorganismen, wie der EHEC-Skandal 2011 zeigte (53 Todesfälle). Auch bei weiteren Indikatoren schneidet der

ÖL i. Vgl. zum konventionellen Landbau nicht besser ab. Die Bodenfruchtbarkeit liegt nicht höher, der Boden wird z. T. mit Kupfer angereichert (Kupferkalkbrühe im Obstbau), die Energiebilanz ist wegen des höheren Bearbeitungsaufwandes (zusätzlicher Spritbedarf) nicht besser und durch unselektiv wirkende Präparate von *Bacterium thuringensis* werden auch Nützlinge abgetötet. Ferner sind bei der biologischen Schädlingsbekämpfung Nutzinsekten (nicht rückholbar) freigesetzt worden und schädigen die heimische Insektenfauna (Bsp. Ostasiatischer Marienkäfer, moldawische Schlupfwespe). Der etablierte **ÖL** kann nicht als Leitbild nachhaltiger Landbewirtschaftung gelten und auch nicht die Welternährung sichern. **Die Beurteilung der Nachhaltigkeit sollte nicht an der Wirtschaftsmethode, sondern am Betriebsergebnis festgemacht werden.** Dazu gibt es inzwischen Indikationssysteme, z. B. die Kriterien für umweltgerechte Landwirtschaft oder die der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Beide werden leider in der EKD-Studie nicht erwähnt.



6. Folgen der Klimaerwärmung

Die Folgen der **Klimaerwärmung** werden überzeichnet. Die Studie geht vom extremsten denkbaren Szenario (+4o bis 2100) des Weltklimarates (IPCC) aus. Doch selbst der IPCC-Bericht 2013/14 räumt ein, dass für die Häufung von Extremereignissen (Stürme, Hochwasser, Dürren) keine gesicherten Aussagen möglich sind; Ausnahmen seien nur die Starkregenereignisse. Meeresversauerung (S. 41) gibt es

bis dato nicht. In den letzten 20 Jahren zeigte sich lediglich eine nicht signifikante pH-Absenkung von 8,12 auf 8,08 (das liegt im alkalischen Bereich: Neutralpunkt=7,0). Sie ist auch nicht zu erwarten, weil bei Meeresswassererwärmung weniger CO₂ (Kohlensäure) gelöst wird. Nicht erwähnt wird in der Studie, dass der menschliche Anteil nur 5 % der globalen CO₂-Bilanz ausmacht, wovon weniger als die Hälfte in der Atmosphäre verbleiben, die seit 1960 zu einem CO₂-Anstieg von 0,03 auf 0,04 % geführt hat. Ferner fehlt der Hinweis, dass die Modelle des IPCC durch Annahme von Verstärkungsfaktoren den Heizwert des CO₂ um bis das 3-fache hochrechnen und dass (vom IPCC nicht vorhergesagt!) die Globaltemperatur seit 2000 stagniert. Schließlich fehlt der Hinweis, dass CO₂ nicht nur ein Treibhausgas, sondern (über die pflanzliche Photosynthese) essentiell für das Leben und die Nahrungsmittelproduktion ist und 0,04 % CO₂ für optimales Pflanzenwachstum meist nicht ausreichen. Inzwischen liegen weltweit Befunde vor, dass erhöhte CO₂-Konzentrationen 10 - 35 % Ertragszuwachs brachten, die Vegetation in Savannen und Wüsten um 10 % zugenommen hat (australische Wissenschaftsagentur CSIRO: Satellitenaufnahmen) und der Baumzuwachs in deutschen Forsten seit 1960 um 37 - 73 % angestiegen ist. Als Ursache gilt ein CO₂-Düngeeffekt, der z. T. auf eine CO₂-bedingte, effektivere pflanzliche Wasserverwertung zurückgeht. Die in der EKD-Studie befürchteten klimabedingten (eklatanten) Ertragsausfälle sind daher unwahrscheinlich. Es ist zu überdenken, ob die exorbitanten Finanzaufwendungen für die CO₂-Absenkung nicht sinnvoller für die Ernährungssicherung und ökonomische Prosperität der armen Länder eingesetzt werden sollten, um so die ökonomische Basis für die Klimaanpassung zu schaffen.

7. Ablehnung der Grünen Gentechnik

Die Studie lehnt **gentechnisch veränderte Pflanzen** ab (z. B. S. 39, 154, 168) und empfiehlt sogar deren **Verbot auf Kirchenland** (S. 170). Als Begründung für die **Ablehnung der Grünen Gentechnik** (GG) wird angeführt, dass "hinsichtlich der Risikoeinschätzung wissenschaftlicher Dissens" bestehe. Dies entspricht nicht den Tatsachen, denn **alle namhaften deutschen Akademien (z. B. Leopoldina) haben die GG befürwortet** (Erklärung vom 26.02.15), ebenso die **Royal Society**, die **Päpstliche Akademie** u. a. m. Heute werden weltweit ca. 170 Mio. ha mit GG-Pflanzen bestellt und es gibt auch bei uns kaum ein Produkt, das nicht mit Gentechnik in Berührung gekommen wäre. Viele Studien, darunter auch eine EU-Studie ("A decade of EU-founded GMO-Research" mit 500 Forschungsteams in 130 Projekten) haben die gesundheitliche und ökologische Unbedenklichkeit der GG festgestellt. Nur die sog. Cartagena-Konferenz betrachtete die GG als Risikotechnologie, wobei aber nur gentechnisch-kritische Nichtregierungsorganisationen, nicht aber Fachwissenschaftler in die Bewertung einbezogen waren. Die grundsätzlich negative Haltung der Studie ist kaum verständlich, und zwar aus mehreren Gründen:



7a) Die "**rote Gentechnik**", d. h. die Produktion von z. Z. >40 **Medikamenten** durch gentechnisch veränderte Organismen wird von Kirchen und Grünen nicht (mehr!) in Frage gestellt, obwohl die Produkte direkt in den Körper gelangen (z. B. Humainsulin).

7b) Nach dem Gentechnikgesetz gilt das gezielte Einschleusen eines Genabschnitts aus einem anderen Organismus als Gentechnik, weil die dadurch bewirkte "gentechnische Veränderung unter natürlichen Bedingungen nicht vorkommt". Abgesehen davon, dass in der Natur seit Jahrmillionen **zwisehenartlicher Genaustausch** vorkommt (also **Teil der Schöpfung** ist), ist die **Einführung eines klar identifizierten Genabschnitts** eine **sehr präzise und schonende Methode**. Das gilt keineswegs für die traditionelle „natürliche“ Mutationszüchtung, bei der das Erbgut durch Radioaktivität oder Chemikalien sozusagen "zerschlagen" wird, wobei zufällige Erbgutänderungen entstehen. Von diesen wählen die Züchter die vorteilhaften Merkmalsträger aus. Die übrigen, nicht bekannten Genabschnitte verbleiben aber weiterhin im Genom und sind somit in vielen unserer Kulturpflanzen enthalten. Für diese Erbgutveränderung wird das Gentechnikgesetz nicht angewendet. Schließlich würden auch die modernen Verfahren der **GG (Genom-Editierung** bzw. **Genchirurgie**, z. B. das CPISPR-Cash-Verfahren = gezielte "Umschreibung" des Erbgutes innerhalb einer Art) nicht unter das Gentechnikgesetz fallen, weil sie keine Spuren hinterlassen. Es wäre deshalb ähnlich wie beim ÖL an der Zeit, **Risikobewertungen nicht an Züchtungsmethoden, sondern an die Eigenschaften der** entstandenen **Pflanzen** (also das Resultat im Einzelfall) zu koppeln (vgl. z. B. Erklärung der Akademien v. 15.02.15).

7c) Die **GG** allein kann sicher nicht die Welternährungsprobleme lösen, aber sie kann zu Züchtungsbeschleunigung von besseren Pflanzensorten führen (Dürre-, Krankheits- und Schädlingsresistenz, Nährstoffeffizienz, Qualitätsverbesserung etc.). Dabei sind weltweit inzwischen deutliche Fortschritte zu

verzeichnen, die lt. einer neuen Metaanalyse entgegen den Befürchtungen (S. 118) bei armen Bauern zu Einkommenserhöhungen (66 %), Ertragssteigerungen (22 %) und PSM-Einsparungen (42 %) geführt haben. Als Beispiel soll hier nur die gegen den Baumwollkapselwurm resistente Baumwolle genannt werden, die 2,5 Mill. indischen Kleinbauern zu höherem Einkommen verhalfen, Indien zum Baumwollexporteur gemacht und den Pflanzenschutzmittel-Einsatz stark reduziert hat. Besonders befremdlich ist, dass die Zulassung des sog. "**Goldenen Reises**", der **Pro-Vitamin A** enthält, jährlich Hunderttausenden von Kindern in den armen Ländern das Leben retten könnte und zudem kostenlos an die Armen abgegeben werden soll, was durch Greenpeace seit 15 Jahren verhindert wird. Es ist J. v. Braun zuzustimmen, dass die EKD eine "**Neubewertung der Grünen Gentechnik**" vornehmen sollte, die **„solche transgenen Produkte, die den Armen helfen und dem Sicherheitscheck standhalten, aktiv fördert"**.

Fazit: Es bleibt zu wünschen, dass die EKD künftig ihre agrar-, wirtschafts- und strukturpolitischen Vorschläge stärker mit den Chancen moderner Technologien und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (im Sinne des integrierten Landbaus) kombiniert, wenn sie den eigenen Anspruch, „Handlungsperspektiven für neue Weichenstellungen der Agrarentwicklung“ erfüllen will. Ohne diesen Schritt, d. h. allein mit leicht modifizierten Kleinbetrieben und klassischem ÖL lassen sich die Welternährungs- und Umweltprobleme sicher nicht lösen.

Gekürzte Fassung des gleichnamigen Artikels aus der „Evangelischen Verantwortung“, Ausgabe 3+4/16

Reihe: „Der Landesvorstand stellt sich vor“

Hans-Steffen Herbst, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen



Name:

Hans-Steffen Herbst

Wohnort:

Königsee

Alter:

63

Beruf:

Diplomjurist

In welcher Kirchengemeinde sind Sie beheimatet?

Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Köditz im Kirchspiel Allendorf in der Superintendentur Rudolstadt-Saalfeld.

Sie engagieren sich ehrenamtlich im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen. Was hat Sie dazu bewogen?

„Suchet der Stadt bestes...“ heißt es in der Bibel beim Propheten Jeremia (27,9). Ich bin dankbar, dass ich mich in unserer Gesellschaft engagieren kann. Das tue ich gern und ganz bewußt als Christ. Als CDU-Mitglied liegt mir daran, dass das „C“ in der Union erkennbar ist und bleibt. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU bietet die Möglichkeit, in der Union aktuelle gesellschaftliche Themen ganz gezielt vor dem Hintergrund der christlichen Botschaft und des christlichen Glaubens zu reflektieren und dieses auch in der Partei wie auch der Gesellschaft sichtbar zu machen.

Was möchten Sie in dieser Amtszeit im EAK bewegen?

Seit meiner Kindheit engagiere ich mich in unserer Kirche. Dabei konnte ich mich in vielen Bereichen, so in der Jugendarbeit und in der Diakonie, in der Landessynode und der Kirchenleitung, natürlich auch an der „Basis“ in den Kirchengemeinden einbringen. Christliches Engagement wirkt immer auch in die Gesellschaft. Mir ist wichtig, dass wir Christen uns mit unserem Glauben nicht in unserer Kirche einschließen. Unser Engagement als Christen und als Kirche soll dazu beitragen, die christliche Botschaft durch Wort und Tat in die Gesellschaft zu tragen. Dazu müssen wir uns aktiver in unser öffentliches Leben einbringen. Der EAK kann eine Brücke zwischen den beiden „Welten“, dem kirchlichen und dem politischen Raum, sein. Ich will beim Brückenbauen helfen.

Was verbinden Sie mit dem Reformationsjubiläum im Jahr 2017?

Mich treibt um, dass ausgerechnet im - wie wir gerne sagen - Kernland der Reformation, der christliche Glaube gemessen am Bevölkerungsanteil auf dem Rückzug ist, dass viele Menschen bei uns mit Christentum und Kirche nichts anfangen können. Das Reformationsjubiläum führt uns an unsere eigne mitteldeutsche Identität, unsere Wurzeln können uns allen Kraft geben. Die Reformationsdekade mit ihren vielen Ausstellungen, Projekten, Veranstaltungen und Baugeschehen sehe ich hier als lebendigen Geschichtsunterricht. Wir haben die Chance, Wesentliches aus Luthers gutem Wirken mit seiner Frage: „Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?“ öffentlich werden zu lassen. Und wenn es ganz gut geht, dann können wir

auch Luthers Erkenntnis, dass wir Menschen zunächst alle von Gott um unserer selbst willen ohne Gegenleistung geliebt sind, vermitteln. Wenn dann noch die guten Folgen seiner Erkenntnis für unsere Gesellschaft sichtbar werden können, wäre das wunderbar. Unsere Welt braucht Luthers Botschaft: der Mensch ist mehr als er leistet, heute mehr denn je.

Haben Sie einen Lieblingspsalm? Wenn ja, welcher und weshalb dieser?

„Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln...“ Wer in der Stunde der Not diesen Psalm 23 beten kann, spürt, wo Hilfe und Geborgenheit zu finden sind.

Welches Lied singen Sie im Gottesdienst besonders gerne?

Es gibt zu viele Lieder, die ich gern im Gottesdienst singe, als dass ich eines herausheben kann. „In Dir ist Freude, in allem Leide, Du der wahre Tröster bist...“ singen wir zu allen unseren familiären Anlässen. Es ist so eine Art Familienlied geworden.

Herr Herbst, was ist Ihnen an der Arbeit im Präsidium der Landessynode unserer EKM wichtig?

Mir gefällt an unserer Landessynode das gut entwickelte demokratische und geschwisterliche Miteinander. Jeder ist an sein Gewissen gebunden. Fraktionen gibt es bei uns nicht. Da wird die Planung öfter schwierig, weil im Vorfeld nicht erkennbar ist, welche inhaltlichen Schwerpunkte einer besonderen Betrachtung bedürfen. Auch gibt es so für Abstimmungen keine berechenbaren „Deals“, weil ja die Partner für solche nicht vorhanden sind.

Als Präses und jetzt als Vize liegt mir daran, dass alle Themen, die

unsere Kirche betreffen, in der Synode und nicht in verschlossenen Hinterzimmern verhandelt werden. Die Verfassung bietet dazu gut Raum. Das ist gerade in der schwierigen Zeit des Zusammenschlusses unserer beiden Landeskirchen aus meiner Sicht ganz gut gelungen. Ebenso setze ich mich dafür ein,

dass die Synode genau überlegt, wann und wozu sie sich äußert. Wir haben schon mehrfach Themen angerissen und dann die Beschlussfassung im Interesse einer gründlichen Vorarbeit zurück gestellt und sind zu guten Ergebnissen gekommen, sei es z.B. bei Voten zum „gerechten Krieg“ oder bei dem Agie-

ren als Landverpächter. Das fällt manchmal schwer, weil es auch oft die Erwartung gibt, dass aktuell reagiert wird. Eine Synode ist aber nach meiner Auffassung kein Gremium zur Kommentierung der Tagespolitik.

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

Stellvertreter: Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen), Christian Tschesch (Uhlstädt-Kirchhasel) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)

Kirche als Moral-Agentur in der politischen Arena?

Tagung des EAK Thüringen zur Gewissensbildung und politischen Entscheidungsfindung

Vortrag und Podiumsdiskussion
Donnerstag, 29. September, 19 Uhr
Besucherzentrum des Thüringer Landtags
Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1

Darf in Syrien Militär eingesetzt werden? Müssen die Grenzen für Flüchtlinge offen gehalten oder geschlossen werden? Dürfen die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden? Dies ist eine kleine Auswahl an Themen, zu denen Kirchen seit dem Anheben der Flüchtlingskrise Position bezogen haben. Regelmäßig führen kirchenamtliche Stellungnahmen bei derartigen politischen Entscheidungsfragen zu Debatten.

Mit welcher Legitimation und auf welcher Basis urteilen Kirchen über politische Sachthemen, die in Regierungen und Parlamenten zur Entscheidung stehen? Bewegen sie sich damit im Rahmen ihres öffentlichen Auftrags? Und was bedeuten diese Verlautbarungen für gläubige Christen, die auf unterschiedliche Weise auf die Entscheidungsfindung in derart umstrittenen Fragen Einfluss nehmen können oder müssen?

Der Aufgabe der Kirchen bei der Gewissensbildung und politischen Entscheidungsfindung will der EAK Thüringen im Rahmen einer Abendveranstaltung unter dem Titel „Kirche als Moral-Agentur in der politischen Arena?“ nachgehen.

Begrüßung

Prof. Dr. Jens Goebel, Vorsitzender des EAK der CDU Thüringen

Grußwort

Mike Mohring, CDU-Landesvorsitzender und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Thüringen

Impulsreferat

Prof. Dr. Reiner Anselm, Lehrstuhl für Systematische Theologie und Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Auf dem Podium diskutieren

Mike Mohring
Oberkirchenrat Christian Fuhrmann, Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Erfurt
Prof. Dr. Klaus Dicke, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
Dr. Martin Borowsky, Richter am Thüringer Oberlandesgericht Erfurt

Es moderiert

Willi Wild, Chefredakteur der mitteldeutschen Kirchenzeitung „Glaube + Heimat“

Im Anschluss gibt es die Möglichkeit bei Getränken und einem kleinen Snack die Diskussion fortzusetzen und zu vertiefen.

Anmeldungen richten Sie bitte an:
eak-thueringen1@online.de

Religion ist gefährlich?

von Dr. Petra Bahr, langjährige Kulturbeauftragten der EKD, Hauptabteilungsleiterin Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung; zukünftige Regionalbischöfin des Sprengels Hannover der hannoverschen Landeskirche



Dr. Petra Bahr

Religion ist gefährlich. Das glaubt nicht nur der SPIEGEL, dessen Vorosterausgabe seit Jahrzehnten darin besteht, den Glauben als wahlweise als Luftnummer oder als Sprengstoff zu entlarven. Dass Religion gefährlich ist, glauben auch viele Deutsche. Religion – ja welche Religion denn eigentlich? Und welche Religionskultur?

Das Interesse konzentriert sich auf den Islam, über den mittlerweile jeder eine Meinung hat, auch wenn es mit den Kenntnissen meistens nicht sehr weit her ist. Die offene Frage, welcher Islam zu Deutschland gehört und wie mit den Gewaltpotentialen des neuen Dschihadismus umzugehen ist, kann einen ja auch um den Schlaf bringen. Nur: wer redet eigentlich über die Religion, die unser Land tief imprägniert hat – und immer noch prägt? Wer redet über das Christentum und seine öffentliche Kraft?

Die selbsternannten Abendlandretter wissen oft nicht einmal, warum man an Karfreitag keine Ostereier sucht. Die Kirchen sind von Selbstzweifeln, gewohnten oder auch ungewohnten Minderheitserfahrungen und einer inneren Zerrissenheit geprägt. Dabei ist es höchste Zeit, über den christlichen Glauben und seine Perspektive auf die Welt zu reden. Nicht im Sinne eines

religiös aufgehübschten Polit-Jargons, der oft viel zu selbstgewiss klingt, als dass er den Alltag der Verantwortungseliten aus Politik, Justiz, Wirtschaft und Wissenschaft überhaupt noch erreicht, und schon gar nicht als Publikumsbeschimpfung derer, die sich Sorgen machen über die Zukunft Europas, Deutschlands oder ihrer Kinder und Kindeskinde. Es gibt eine tiefgreifende Verunsicherung in der Gesellschaft. Die Flüchtlingskrise zieht diese Verunsicherung auf sich. Endlich eine Projektionsfläche für die Ängste. Und in der Tat gibt es ja auch Grund, sich Sorgen zu machen. *Wie wird sich unser Land verändern? Haben wir die Kraft und die Ideen, aber auch die Konsequenz und die Ordnungsmodelle, damit sich unsere Gesellschaft auch mit den Zuwanderern zum Guten entwickelt?*

Nur waren diese Ängste schon vor den Flüchtlingen aus den Kriegskrisen- und Armutregionen dieser Welt da. Der Soziologe Bude spricht sogar von der „Gesellschaft der Angst“, in der sich die Abstiegs- und Zukunftsängste mit der Tatsache verbinden, dass der Einzelne sich immer mehr zum Experten aller seiner Geschicke entwickeln muss. Er soll mündiger Verbraucher, Patient, Bürger sein, muss an jedem Tag tausend kleine und große Entscheidungen treffen, soll Beziehungsarbeit auf allen Ebenen machen, die ruinierten Toiletten in der Schule seiner Kinder in Eigeninitiative reparieren und dann auch ständig und überall einen guten Eindruck machen. Dazu wird die Frage, wem man noch trauen kann, immer lauter. Angst und Vertrauenskrise sind ein gefährliches Gemisch, das die politischen Vereinfach-

cher nutzen, um die Gesellschaft zu vergiften. Es gibt ein offensichtliches Fremdsein in der eigenen Welt, das mit den Fremden gar nichts zu tun hat. Ihnen lässt sich die eigene Fremdheit nur gut aufhalsen, weil dann jemand schuld ist am eigenen Unbehagen.

Dagegen hilft keine moralische Empörung und auch keine Theologie der Überheblichkeit gegenüber den Kleinmütigen und Unsicheren. Gute Gesinnungen muss man sich leisten können. Es braucht ein stabiles Selbst, ein gutes soziales Umfeld und ein tiefes Getröstetsein, falls die eigene Gesinnung am Ende doch die falsche ist. Deshalb ist Gesinnungsethik als Empfehlung für politische Verantwortungsträger und engagierte Gemeinden auch kein guter Rat. Vielleicht brauchen wir eher eine Alltags- und eine Notfallethik, um die Sehnsucht nach innerer Sicherheit in unsicheren Zeiten in die Suche nach einer breiteren und tieferen Lebenssicherheit zu überführen.

Wenn es den Kirchen gelänge, hierzu einen eigenen Beitrag zu leisten, könnte die tröstende, entängstigende und antifatalistische Wirkung des Evangeliums vielleicht wieder Gehör finden. Menschen wollen gesehen werden. Sie wollen Heimat haben. Sie wollen für mehr und anderes anerkannt werden als für ihre Leistungen. Sie wollen wertvoll sein in einer Welt, in der fast alles einen Preis hat. Die reformatorischen Einsichten von Martin Luther entwickeln vor dieser Einsicht eine große und zeitgemäße Kraft. Mehr fides creatrix, möchte man mit Luther rufen.



Nachrichten +++ Nachrichten +++ Nachrichten +++ Nachrichten

Redaktionsgespräch beim Chefredakteur von „Glaube und Heimat“



Der Chefredakteur der Mitteldeutschen Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“, Herr Willi Wild (rechts) empfing am 11. Mai 2016 die religionspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Frau Gudrun Holbe MdL (Mitte), und den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der Thüringer CDU, Herrn Prof. Dr. Jens Goebel (links) zu einem Gespräch. Themen waren das Verhältnis von Kirche und Staat, Religionsunterricht an Thüringer Schulen und Fragen der Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft. Herr Wild berichtete, wie künftig der Wirkungskreis der Kirchenzeitung vergrößert werden und die Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden verstärkt werden sollen.

Katechismus für Blinde (aus dem EAK-Landesverband Sachsen)



Rechtzeitig vor dem Reformationsjubiläum 2017 liegt erstmals Luthers Kleiner Katechismus in Blindenschrift vor. Die auf Initiative des sächsischen EAK-Landesvorsitzenden Dr. Thomas Feist MdB (links) von der EKD finanzierte Übertragung des Werkes wurde Ende Mai abgeschlossen und im Beisein des Beauftragten für Menschen mit Behinderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Uwe Schummer (rechts), vom Direktor der in Leipzig ansässigen Deutschen Zentralbücherei für Blinde (DZB), Prof. Dr. Thomas Kahlisch (Mitte), erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Nun haben auch sehbehinderte und blinde Christen die Möglichkeit, den Katechismus zu lesen und sich mit ihm auseinanderzusetzen.

Heimat als Religionsanalogon. Praktisch-theologische Reflexionen zum Rechtspopulismus



Das war das Thema eines Diskussionsabends des Katholischen Arbeitskreises der CDU Thüringen mit Frau Prof. Dr. Maria Widl (Mitte) von der Universität Erfurt.

Angelehnt an eine funktionale Religionsdefinition nach dem Bielefelder Religionssoziologen Franz-Xaver Kaufmann benannte Frau Prof. Widl sechs Funktionen von Religion: Identitätsstiftung, Handlungsführung, Sozialintegration, Kontingenzbewältigung, Kosmisierung und Welttdistanzierung. Sie sind konstitutiv für das Wesen des Menschen und beschreiben seine Lebensgrundausrichtung.

In der individualisierten westlichen Welt werden diese Funktionen nicht mehr nur durch Religiosität, sondern vermehrt durch Religionsanaloge ausgefüllt. Dazu zählen Familie, Sport, Musik, Mode und anderes mehr. Heimat erfüllt eine solche Ersatzfunktion. In der intensiv geführten Debatte meldeten sich auch die Vorsitzende des Katholischen Arbeitskreises Claudia Heber, der EAK-Landesvorsitzende Prof. Dr. Jens Goebel und der geistliche Begleiter des Katholischen Arbeitskreises, Ordinariatsrat Winfried Weinrich (rechts) zu Wort.

Mach's nur mit meinem Ende gut

CDU Gera mit einem besonderen Themenabend

Wo sonst eher sachlich nüchtern über Politik diskutiert wird, wurde es am 2. März 2016 sehr privat. Zusammen mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Thüringen (EAK) veranstaltete die CDU Gera einen Themenabend über den Tod.

Pastorin Hanna Kiethe, als Seelsorgerin am SRH Wald-Klinikum Gera tätig, referierte über die verschiedenen Aspekte des Sterbens. Das Bewusstsein über die eigene Sterblichkeit, die Vorbereitung auf das Sterben, den Abschied, aber auch verschiedene Formen von aktiver und passiver Sterbehilfe – Themen die jeden der Anwesenden beschäftigten und nachdenklich stimmten. Abschiede und Trauerfälle kennen alle aus ihrem unmittelbaren Umfeld.



Aus christlicher Sicht gibt es ein Leben nach dem Tod. Daher sieht die Pastorin das Sterben selbst auch als Durchgangsstadium mit vielen Phasen. Viele Menschen, die sie begleitet, verspüren eine Form von Geborgenheit und Frieden kurz bevor sie gehen. Einige möchten im Kreis ihrer Familie sterben, viele jedoch nutzen den Moment der Einsamkeit für den letzten Schritt zum Tod. Auch mit Patienten mit Nahtoderlebnissen spricht Kiethe regelmäßig, Menschen, die von einem „grelle Licht“ berichten und

einer Beseeltheit. Ein Gefühl, das sie nicht zurückkehren lassen will ins Leben.

Wie gut kann ich mich auf meinen eigenen Tod vorbereiten? Kann ich mir meinen Sterbewunsch erfüllen? Was leistet die Palliativmedizin? Fragen, denen sich Kiethe in ihrem Vortrag widmete, und die zu einer angeregten Diskussion führten. „Hilfe beim Sterben ist besser als Hilfe zum Sterben“, fasst der Geraer CDU-Kreisvorsitzende und Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen Christian Klein die Gedanken zum Lebensende zusammen und kündigte an: „Diese Veranstaltung ist ein Auftakt.“ Die CDU will auch zukünftig gemeinsam mit dem EAK regelmäßig Veranstaltungen zu religiös-ethischen Themen organisieren.



Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt
www.eak-thueringen.de
Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel
Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen (Redaktion)

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Petra Bahr
langjährige Kulturbeauftragten der EKD, Hauptabteilungsleiterin Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung; zukünftige Regionalbischöfin des Sprengels Hannover der hannoverschen Landeskirche

Dr. Karl-Eckhard Hahn

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen und Pressesprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Kirchenrat Christian Klein

Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen und Kreisvorsitzender der CDU Gera

Prof. Dr. Wolfgang Merbach

Mitglied im Landesvorstand des EAK Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Jens Goebel